



## Kölner Grundsatzklärung kommunale Finanzen

10.01.2025

1. **Die Kommunen sind die Herzkammer der Demokratie.** Die meisten Bürger:innen beteiligen sich in den Kommunen an der Politik. Sie sehen, was mit ihrem Steuergeld passiert.
2. **Finanzstarke Kommunen sind gut für die Gesellschaft und die Wirtschaft.** Kommunen sind der wichtigste öffentliche Investor. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stützt das die Wirtschaft.
3. Der Investitionsstau in Deutschland beträgt mindestens 600 Mrd. €. Die **Sozial-ökologische Transformation** kann nur mit gestärkten Kommunen gelingen **und muss an der Daseinsvorsorge orientiert sein.**
4. Voraussetzung für die Realisierung zusätzlicher kommunaler Ressourcen ist die Wiederbelebung der **Vermögenssteuer**. Ohne die zusätzliche **Besteuerung der 5 - 0,1% reichsten Bevölkerungsperzentile** („Überreiche“) wird auch eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen nicht gelingen.
5. Statt der aktuellen Mischfinanzierung sollen die **Kommunen ausreichend eigenständige Finanzen zur Verfügung** haben. Die **Finanzausstattung** der Kommunen muss etwa verdoppelt werden. Es braucht einen Finanzpakt. Für den ÖPNV fordern wir eine betriebliche Nahverkehrsabgabe als eigenständiges kommunales ÖPNV-Finanzinstrument.
6. Das **Konnexitätsprinzip** muss strikt eingehalten werden. Aufgabenübertragungen an die Kommunen erfordern angemessene Ressourcen. **Die Kommunen sollen eine eigene Verfassungssäule neben Bund und Ländern sein.**
7. Der kommunale Anteil an der **Einkommensteuer** soll wesentlich erhöht werden. Reichensteuer wird Bundessteuer.
8. Wir wollen die **Gemeindefinanzsteuer\*** für die Kommunen statt der Gewerbesteuer.

9. Der **Finanzausgleich muss bedarfsorientiert** umgestaltet werden zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Strukturschwache Regionen werden bessergestellt.
10. Die **Altschulden der Kommunen** müssen Bund und Länder übernehmen.
11. Gerechte Steuerkonzepte haben nur dann eine Chance, wahrgenommen zu werden, wenn **Gewerkschaften, NGOs\*\* und Soziale Verbände** zusammenarbeiten **und gemeinsam auf die politischen Parteien einwirken**.

**Anmerkungen:**

\* Gemeindefortschrittssteuer umfasst alle Unternehmen und hat eine breitere Bemessungsgrundlage aus Mitarbeiter:innen, Umsatz und Gewinn.

\*\* Non-Government-Organisationen wie Attac, Netzwerk Steuergerechtigkeit und Finanzwende.